

INHALT

Verkehr

Die Wege zur Schule sollen sicherer werden. **S. 2/3**

Ernährung

Billigfleisch gehört in Schulen nicht auf den Teller. **S. 4**

Gegen Stilllegung von Friedhöfen

Die Grünen-Fraktion lehnt die Stilllegung von Friedhöfen ab. Sie dienen in verdichteten Stadtteilen auch als Grünoasen und werden zur Naherholung genutzt. Eine Bebauung käme für die Fraktion daher allenfalls am Rand nicht mehr benötigter Erweiterungsflächen in Frage.

Impressum



Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20, 28195 Bremen
Tel.: 0421 /3011-0

E-Mail: fraktion@gruene-bremen.de

ViSdP: Matthias Makosch

Texte: Matthias Makosch

Fotos: Elisa Meyer, iStockphoto,

Druck: Geffken & Köllner, Bremen



Sexualisierte Gewalt gegen Frauen stärker ahnden zu können ist das Ziel eines Antrages, den die Grünen-Fraktion initiiert hat: Insbesondere die Lücken im Sexualstrafrecht müssen geschlossen werden. Im Bund soll sich der Senat deshalb für die Umsetzung der Istanbul-Konvention des Europarates einsetzen. Demnach soll jede sexuelle Handlung strafbar sein, die sich gegen den erklärten Willen des Opfers richtet. Für Bremen soll der Senat indes ein Konzept mit dem Ziel vorlegen, die Beweissicherung zu verbessern und die Verfahrensdauer zu verkürzen. „Eine Reform des Sexualstrafrechts ist dringend erforderlich. Die strafrechtliche Verfolgung sexueller Gewalt darf nicht

davon abhängig sein, ob eine Frau sich genug wehrt. Die bisherige Rechtslage erfasst einige Situationen nicht, in der eine Frau von ihrem Peiniger eingeschüchtert ist. Das muss sich ändern: Nein zu sagen, muss künftig für die Strafverfolgung ausreichen“, unterstreicht die rechtspolitische Sprecherin Sülmez Dogan.

Um Sexualstraftäter zu verurteilen, ist eine eindeutige Beweislage erforderlich. Für eine frühe Beweissicherung sollen MitarbeiterInnen von Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht stärker geschult sowie die polizeiliche Videovernehmung häufiger eingesetzt werden. Auch die richterliche Vernehmung des Opfers soll aus grüner Sicht früh erfolgen.



Mehr Sicherheit vor Schulen

In der Morgenhektik zu schnell fahrende Autos, auf Fuß- und Radwegen parkende Pkw, die die Sicht versperren, fehlende Ampeln oder Zebrastreifen: Für Kinder kann das auf ihrem Weg zur Kita oder Schule zu brenzligen Situationen führen. Die Grünen-Fraktion hat deshalb ein Positionspapier mit einem Bündel an Maßnahmen erarbeitet, die für mehr Verkehrssicherheit rund um Kindergärten und Schulen sorgen sollen.

„Die Jüngsten sind auch die Schwächsten im Straßenverkehr.

Kinder verhalten sich im Straßenverkehr unvorsichtiger als Erwachsene. Wir wollen, dass möglichst viele Kinder zu Fuß oder mit dem Rad zur nah gelegenen Kita oder Schule kommen. Dadurch lernen sie, sich im Straßenverkehr zu bewegen und sich ihre nähere Umgebung zu erschließen. Zugleich fördert das ihre gesunde Entwicklung. Dafür müssen Wege im Umfeld von Kindergärten und Schulen aber sicherer werden“, erläutert der verkehrspolitische Sprecher Ralph Saxe.

Tempo 30 als Regel

Ein Kernpunkt des Maßnahmenpaketes ist, zügig Tempo 30 als Regel vor Kitas und Schulen anzuordnen. „Kinder können Entfernungen und damit den Gefährdungsgrad bei Geschwindigkeiten oberhalb von 30 km/h nicht richtig einschätzen. Bei Tempo 30 halbiert sich der Anhalteweg gegenüber Tempo 50. Das Tempolimit senkt das Unfallrisiko und insbesondere die Schwere von Verletzungen deutlich. Deshalb ist Tempo 30 künftig auch bei Kitas und Schulen zumutbar, deren Haupteingänge sich an Hauptstraßen befinden“, betont Ralph Saxe.

Um die Aufmerksamkeit der AutofahrerInnen für Kinder zu erhöhen, sollen große Piktogramme im Umfeld von Kitas und Schulen auf Gefahrensituationen hinweisen. Zudem fordert die Grünen-Fraktion freie Sicht für die jungen FußgängerInnen und RadfahrerInnen. Im

Verkehrsraum vor Kindergärten und Schulen muss das Parken deshalb grundsätzlich untersagt werden. Die Fraktion hält außerdem mehr verkehrsberuhigende Maßnahmen sowie zusätzliche Zebrastreifen, Mittelinseln oder auch Ampeln für nötig, damit Kinder sicher über die Straße kommen. Da manche auch mit der Straßenbahn oder dem Bus zu Schule kommen, müssen die Empfehlungen für sichere Haltestellen berücksichtigt werden.

Nicht zuletzt legt die Grünen-Fraktion einen Schwerpunkt auf die Verkehrserziehung an Schulen. „Es gibt in vielen Bremer Schulen schon gute Projekte, die flächendeckend umgesetzt werden könnten. Dazu gehören z.B. der ‚Schulexpress‘ und das Verkehrstraining in enger Zusammenarbeit mit der Polizei. Wir wollen aber auch eine verbindliche Schulwegplanung etablieren. Die Grundschulen sollen dabei den Kindern Pläne mit den sichersten Rad- und Fußwegen zur Verfügung stellen“, sagt Ralph Saxe. Ergänzend fordert die Grünen-Fraktion pro Einrichtung eine Kita- bzw. Schulwegbegehung mit Kindern, BehördenvertreterInnen, ElternvertreterInnen und VertreterInnen der jeweiligen Kita bzw. Schule. Dabei sollen Gefahrenstellen ausfindig gemacht und anschließend rasch beseitigt werden.

Das Positionspapier findet sich hier: www.gruene-fraktion-bremen.de

Gutes Essen für alle Kids

Bremen soll die erste Großstadt werden, die in Kitas und Schulen problematisches Billigfleisch aus der Massentierhaltung nicht mehr auftischt. Einen entsprechenden Bürgerantrag haben über 5000 BremerInnen unterstützt. Der Antrag wird nun u.a. in der Gesundheitsdeputation und im Haushaltsausschuss beraten. Die Grünen-Fraktion befürwortet das Anliegen.

Die Massentierhaltung ist für Mensch und Umwelt hoch problematisch. So bedroht z.B. die Gülle aus Mastfabriken mit ihren oft zu hohen Nitratwerten die Trinkwasser-Gewinnung, eine zu hohe Antibiotika-Belastung von industriellen Fleischprodukten kann ein Risiko für die menschliche Gesundheit sein. „Nicht zuletzt ist etwa das Amputieren der Schnäbel bei Mastputen und -hühnern in der Massentierhaltung inakzeptabel. Für über 20.000 Kinder und Jugendliche, die in öffentlichen Kitas und Schulen gepflegt werden, hat Bremen eine Verantwortung. Die Umstellung auf Fleischwaren aus artgerechter Tierhaltung in Kitas und Schulen ist ein richtiger Schritt zum Schutz unserer Kinder und ein Beitrag zum Tierwohl. Eine gute Ernährung darf gerade auch Kindern aus sozial benachteiligten Familien nicht länger vorenthalten werden“, betont der ernährungspolitische Sprecher Jan Saffe.



Neben der Umstellung auf Fleischwaren aus artgerechter Haltung fordert die Grünen-Fraktion, den Fleischkonsum in den kommunalen Kitas und Schulen zu senken. In den Mensen sollen flächendeckend die Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung angewendet werden, die für Kinder und Jugendliche höchstens zwei Mal pro Woche ein Fleischgericht empfehlen. „Eine ausgewogene Ernährung hat nachweislich positive Effekte auf

die Leistungs- und Konzentrationsfähigkeit. Darum ist es wichtig, den Kindern Essen mit einer guten Qualität aufzutischen. Dazu gehören wertvolles regionales und saisonales Gemüse, Obst und Getreide. Schließlich trägt eine gute Ernährung dazu bei, Gesundheitsrisiken zu verringern. Kita- und Schulkinder befinden sich in unserer Obhut, da stehen wir in der Verantwortung“, erläutert die gesundheitspolitische Sprecherin Kirsten Kappert-Gonthier.